

Halle'sche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1909. Nr. 434.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 202.

Zweite Ausgabe

Druckerei für Halle a. S. Nr. 230. Die Halle a. S. Nr. 230. Die Halle a. S. Nr. 230. Die Halle a. S. Nr. 230.

Druckerei für Halle a. S. Nr. 230. Die Halle a. S. Nr. 230. Die Halle a. S. Nr. 230. Die Halle a. S. Nr. 230.

Verlag: Dr. Walter Gedenke in Halle a. S.

Donnerstag, 16. September 1909.

Druck und Verlag von C. V. Ziehe in Halle a. S.

Die Kaisermanöver.

Am Dienstag nachmittags besetzte Rot die Höhen südlich von Eßleben und wurde von dort aus der Kampf um den Ort Eßleben durch den Angriff der 1. Kavalleriebrigade des Generals v. Minckwitz eingeleitet. Die Kavallerie des Generals v. Minckwitz rückte in der Richtung auf Eßleben vor und wurde von dort aus der Kampf um den Ort Eßleben durch den Angriff der 1. Kavalleriebrigade des Generals v. Minckwitz eingeleitet.

Der Kaiser trat die Uniform des bayerischen 6. Infanterie-Regiments Kaiser Wilhelm, König von Preußen, an. Er besuchte die 1. Kavalleriebrigade des Generals v. Minckwitz, die in der Richtung auf Eßleben vorrückte. Der Kaiser besuchte die 1. Kavalleriebrigade des Generals v. Minckwitz, die in der Richtung auf Eßleben vorrückte.

Der Kaiser besuchte die 1. Kavalleriebrigade des Generals v. Minckwitz, die in der Richtung auf Eßleben vorrückte. Der Kaiser besuchte die 1. Kavalleriebrigade des Generals v. Minckwitz, die in der Richtung auf Eßleben vorrückte.

Der Kaiser besuchte die 1. Kavalleriebrigade des Generals v. Minckwitz, die in der Richtung auf Eßleben vorrückte. Der Kaiser besuchte die 1. Kavalleriebrigade des Generals v. Minckwitz, die in der Richtung auf Eßleben vorrückte.

Der Kaiser besuchte die 1. Kavalleriebrigade des Generals v. Minckwitz, die in der Richtung auf Eßleben vorrückte. Der Kaiser besuchte die 1. Kavalleriebrigade des Generals v. Minckwitz, die in der Richtung auf Eßleben vorrückte.

Ueber das Ende des Generalstreiks in Schweden

Dr. Kängler, der sich eigens zum Studium des Generalstreiks nach Schweden begeben hatte, in den Mitteilungen der Hauptstelle deutscher Arbeitgebervereine folgendes: Um was handelt es sich eigentlich bei dem Kampfe? Die Frage habe ich den schwedischen Arbeitern und Arbeitgeberführern wiederholt vorgelegt, und sind mir zwei Antworten geworden: die einen geben an, die Arbeitgeber wollten eine Lohnherabsetzung in allen Zweigbetrieben auf der ganzen Linie eintreten lassen, die anderen Lohnherabsetzungen seien nur der Anfang, geschehen nur ein Fünftel, die anderen meinten — und

der Sozialdemokrat Wrangling aus Stockholm hat nach dem „Borwärts“-Bericht noch in diesen Tagen in Berlin dieser Auffassung Ausdruck gegeben —, die Arbeitgeber wollten die Organisation der Arbeiter zertrümmern. Weidies ist so unrichtig wie unmöglich. Zu der ersten Annahme liegt nicht das geringste Anzeichen vor, es ist eine durch nichts gestützte Vermutung, die einen Generalstreik nicht im entferntesten rechtfertigt, und auch die zweite Annahme ist ganz irrtümlich. Nach meiner Kenntnis der Sachlage lag eine Zertrümmerungsabsicht den Arbeitgeberführern, ich möchte vielmehr glauben, daß den schwedischen Arbeitgeberführern eine starke Arbeiterorganisation sogar erwünscht gewesen wäre, und zwar eine solche, die auch auf ihre Mitglieder einen bestimmenden Einfluß ausübt, die also für abschließende Verträge eine feste Gewähr bietet. Ob diese Meinung freilich nach dem Verlaufe des Generalstreiks auch jetzt noch besteht, ist mir zweifelhaft, die Meinung zum Eingehen von Tarifverträgen und zum Abschluß eines Garantievertrages zwischen den Zentralverbänden der Arbeitgeber und der Arbeiter hat zweifellos durch die struppellose Tarifvertragsbrücke, wie sie auf der Arbeitseite vorliefen, einen starken Stoß erlitten. Das beweist der Umstand, daß die Arbeitgeber, die bisher Tarifverträge abgeschlossen hatten, zu einem großen Teile wieder zu Personalverträgen übergehen. Auch in dieser Hinsicht hat so nach der Streik die Situation für die Arbeiter wesentlich ungünstiger gestaltet.

Welche Folgerungen ergeben sich aus dem schwedischen Generalstreik für Deutschland? Da ist zunächst hinzuweisen auf die beiden Verhältnisse der beiden Länder: auf nicht viel kleineren Raumbereich in Schweden nicht ganz 6 Millionen Einwohner, in Deutschland 60 Millionen; in Deutschland eine Unmenge bis ins einzelne spezialisierter Industriezweige, in Schweden bei seiner noch jüngeren Industrie eine Beschränkung auf einige Hauptindustrien. In Schweden sind die Verhältnisse daher noch ziemlich leicht zu überblicken, bei uns in Deutschland sind sie zu kompliziert geworden. Das hat zur Folge, daß in Schweden auch zwischen den einzelnen Industrien ein viel größerer Zusammenhang herrscht als in Deutschland und zwar auf beiden Seiten, auf der Arbeitseite sowohl, als auch auf der Arbeitgeberseite. Auch die Organisation hat sich darum einfacher und vielleicht auch vollständiger vollzogen. Der Prozentsatz der organisierten Arbeitgeber zu den nicht organisierten ist mir nicht bekannt, aber der Prozentsatz der organisierten Arbeiter ist größer als in Deutschland, dort etwa 50 Prozent, hier knapp 25 Prozent. Diese Verhältnisse bringen es ohne weiteres mit sich, daß sich die Kampfmittel beider Teile auf andere, zunächst unbetrieblige Industrien übertragen. Nehmen wir eine Industrie, z. B. die Maschinenfabrikation, an, die vielleicht noch nicht einmal 1000 Arbeiter beschäftigt, so ergibt sich doch ohne weiteres, daß diese Industrie auf die lauffähige Unterfertigung der anderen Industrien angewiesen ist; die wenigen Arbeiter dieser Branche können bei einem Streik jahrelang von der gesamten Arbeiterkraft durchgehalten werden. Dazu kommt in Schweden als ein weiteres Bedingnis: der mangelnde Arbeiterzuwachs bei gleichzeitiger noch ziemlich erheblicher Arbeiterauswanderung. Die Einstellung von Arbeitswilligen während eines Streiks ist also fast ausgeschlossen, und die Ausperrung ist tatsächlich für die schwedischen Arbeitgeber das einzige Mittel, den übertriebenen Forderungen der Arbeiter entgegenzutreten. Eine Massenarbeitsniederlegung, ein Generalstreik läßt sich aus allen diesen Gesichtspunkten in Schweden tausendmal leichter durchführen als in Deutschland, ganz abgesehen davon, daß die Charakteranlage der schwedischen Arbeiter eine solche Durchführbarkeit vielleicht überhaupt erst möglich macht. Dazu kamen diesmal noch besondere Umstände, die das Ausbarren erleichterten: die warme Witterung, die ausländische Unterfertigung, das Alkoholverbot, die Angstfreiheit, die Beziehungen der gewerblichen Arbeiter zur Landwirtschaft usw.

Und trotz aller dieser günstigen Momente ein völliges Versagen des Kampfmittels, ein plattes Fiasko. Das wird auch auf dem rationalen Gebiet der deutschen Gewerkschaftsbewegung und der sozialdemokratischen Partei zweifellos einleuchtend wirken. Einen Generalstreik in großen in Deutschland zu arrangieren, dazu fehlt es der sozialdemokratischen Partei und den Gewerkschaften vor der Hand noch an der Macht. Inwiefern sie versuchen werden, partielle Massenstreiks zur Durchfuhr ihrer wirtschaftlichen und politischen Forderungen einzusetzen, das steht natürlich dahin. Der Angriff auf die Gesellschaft ist von dieser in Schweden aus

eigener Kraft zurückgewiesen worden; wir zweifeln nicht, daß auch die deutsche bürgerliche Gesellschaft der schwedischen im Ernstfalle nicht nachstehen würde.

Ueber den Ansehungsfonds für Polen und Westpreußen

schreibt man uns: „Durch die seit dem Jahre 1886 zur Förderung deutscher Ansehungen in Polen und Westpreußen erlassenen Gesetze sind bisher für die eigentliche Ansehungsbesetzung 550 Millionen zur Verfügung gestellt. Wenn nun füglich die Frage einer Neuaufhebung des Fonds erörtert wurde, so ist dabei ein wichtiger Faktor übersehen worden, nämlich die Mittelnahmen des Fonds, die nach der gesetzlichen Bestimmung wieder den Zwecken der Ansehungsbesetzung gewidmet werden. Diese Mittelnahmen aus Renten und Wästen, aus dem Verkauf von Waldparzellen, Festhalten und anderen zur Ansehungsbesetzung geeigneten Stellen betrafen sich nun aber nach der letzten Denkschrift bis zum Ende des Jahres 1908 auf rund 156 Millionen Mark. Nach dem Etat für 1909 sind wiederum 25 Millionen für das laufende Jahr zu erwarten. Und wenn man nun annehmen darf, daß der für die eigentliche Ansehungsbesetzung im vorigen Jahre zur Verfügung gestellte Fonds bis Ende 1910 verbraucht ist, dann würden sich bis dahin die Mittelnahmen auf wenigstens 200 Millionen belaufen. Mit diesen 200 Millionen wäre das Ansehungsbesetzungsziel wiederum 4 Jahre fortzuführen; und in dieser Zeit können weitere 100 Millionen durch Mittelnahmen ein. Während auch diese in den beiden folgenden Jahren zur Ansehungsbesetzung verwendet, so wären dann — das heißt Ende 1916 — seit dem Jahre 1886 insgesamt über 900 Millionen in Ansehungen angelegt. Wenn man nun aber für die spätere Ansehungsbesetzung ein eigenes Einnehmen des Fonds, die dann aber nur aus Renten bestehen, einen Jahresbetrag von 25 Millionen für ausreichend annimmt und einen Ertrag aus dem investierten Kapital von 2½ Proz. zu Grunde legt, so müßte, um diese Summe zu erreichen, eine Milliarde in Ansehungen angelegt sein. Und hinter dieser Summe bleibt der bis dahin verwendete Fonds um höchstens 100 Millionen zurück.“

Deutsches Reich.

Der Reichskanzler folgte am Dienstag einer Einladung des russischen Botschafters in Berlin zu einem Mahle auf der russischen Botschaft, an welchem auch der inoginito in Berlin weilende russische Minister des Auswärtigen teilnahm.

Deutschland und Frankreich. Bezüglich der am 14. er. stattgehabten Unterredung des Reichskanzlers mit dem französischen Botschafter in Berlin, Cambon, will der „Tempo“ erfahren, daß die beiden Staatsmänner sich gegenseitig zu den seit Abschluß des Warffootkommens zwischen den beiden Nationen bestehenden guten Beziehungen beglückwünschten. Sie stellten das bezüglich der französischen und deutschen Interessen in Marokko herrschende Einvernehmen fest, welches es ermöglicht habe, dem zwischen der spanischen Westküste und dem Marokko anhänglichen Zustände ein Ende zu machen. Man glaubt in den berufenen deutschen Kreisen, daß die von Frankreich ausgehenden Vereinbarungen Deutschland und Frankreich gleichmäßig sein werden für die Entwicklung ihrer Handelsinteressen in Marokko. Der Reichskanzler und der Botschafter Cambon haben nach dem „Tempo“ auch verschiedene andere Fragen der gegenwärtigen Politik berührt.

Ueber die deutsche Flage in den außerdeutschen Häfen werden in dem Bande 199 der Statistik des Deutschen Reichs Ueberichten veröffentlicht. Wenn die Bedeutung der deutschen Seefahrt richtig gewürdigt werden soll, muß neben dem Anteil der deutschen Flage am Seeverkehr des eigenen Landes auch ihr Anteil am Seeverkehr der außerdeutschen Länder in Betracht gezogen und mit dem anderer Staaten in Vergleich gestellt werden. In diesem Zwecke ist in den Ueberichten bei der Darstellung des Seeverkehrs der einzelnen Länder oder Befestigungen und ihrer wichtigsten Häfen der Anteil der Flage des betreffenden Landes, der der deutschen Flage und der der anderen Seemächte überhaupt am stärksten beteiligten britischen Flage gegeben. Um die Entwicklung des Seeverkehrs während einer Reihe von Jahren verfolgen zu können, werden die erforderlichen Zahlen, soweit es möglich war, für die Jahre 1895, 1900 und 1908 für die letzten drei Jahre gegeben.

Aus der Veröffentlichung geht hervor, daß ein bedeutender Teil des Seeverkehrs auf die deutsche Flage entfällt, die von Jahr zu Jahr an Bedeutung gewinnt. Sie stand an erster Stelle im Verkehr mit den Bodanm-Häfen, mit Dänisch-Westindien (St. Thomas), Galt, Westindien, Ostindien, Japan und mit den deutschen Schutzgebieten. Den zweiten Platz behauptete sie u. a. im

